



**Beschlüsse  
der  
Konstituierenden Bundeskonferenz**

**AG Selbst Aktiv**

**vom 4. Mai 2013, Berlin**

## I. Übersicht über angenommene und überwiesene Anträge

	Antragsteller	Überschrift	Beschlusstext
A 1	Bundesvorstand	Leitantrag Berliner Erklärung	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 2	Bezirk Hannover	Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 3	Bezirk Hannover	Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 4	Bezirk Hannover	Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 5	Bezirk Hannover	Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 7	Bezirk Hannover	Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 8	Bezirk Hannover	Diskriminierungsfreie Wahlgesetze	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 11	LV Berlin	Name der Arbeitsgemeinschaft	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
A 13	Bezirk Hannover	Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Menschenrechtskonvention auf allen Handlungsfeldern	Angenommen in der Fassung der Antragskommission

IA 1		Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen	Angenommen
IA 2		Barrierefreiheit in der SPD	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
IA 3		Tierische Assistenz	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
IA 4		Assistenz zum Persönlichen Budget	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
IA 5		Nutzung schienengleicher Bahnübergänge in Bahnhöfen und Haltestellen der DB durch RollstuhlfahrerInnen	Angenommen in der Fassung der Antragskommission
IA 6		Diskriminierende Äußerung des Bildungsministers Mathias Brodkorb, Mecklenburg-Vorpommern, zur schulischen Inklusion	Angenommen in der Fassung der Antragskommission

## II. Wortlaut der angenommenen Anträge

### A 1

Bundesvorstand

#### Leitantrag Berliner Erklärung

Wir sind entscheidend! Ca. 13. Mio. Menschen mit einer Behinderung in Deutschland fordern Mitentscheidung. Im Rahmen der Europäischen Aktionswoche zur Gleichstellung behinderter Menschen gründet sich das ehemalige Netzwerk Selbst Aktiv“ - behinderte Menschen in der SPD, als Arbeitsgemeinschaft in der SPD, mit allen satzungsgemäßen Rechten und Pflichten. Wir sind Gesicht und Stimme behinderter Menschen und wollen dies sowohl innerhalb unserer Partei, wie auch in den Behinderten- und Sozialverbänden wahrnehmen.

Hat der bekannte Publizist Ernst Klee noch in den 1970er Jahren vom Verhältnis zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen von „Apartheid im eigenen Lande“ gesprochen, geht es jetzt mit allen Behinderten- und Sozialverbänden sowie allen

15 demokratisch orientierten Bürgerinnen und Bürgern, dieses Verständnis endgültig in die Geschichtsbücher zu verbannen.

Politischer Hebel ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), eine Menschenrechtskonvention, die alle konkreten Handlungsfelder aus einer inklusiven und partizipativen Gesellschaft ableitet.

20 Wir also „bei Allem, mittendrin“ oder „nichts über uns, ohne uns“ – konkret, ohne uns ist alles nichts!

Politik im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet von daher vor allem

- Bei allen Initiativen, Vorhaben, Konzepten und Entscheidungen werden behinderte Menschen direkt beteiligt und entscheiden mit. Inklusion und Partizipation behinderter Menschen prägt das Denken und Handeln in Politik und Gesellschaft.
- 25 - Der gesamte Bildungsbereich, von der Krippe über die Schule, bis hin zu Studium und Aus- und Weiterbildung muss inklusiv organisiert sein.
- Öffentliche Räume und Plätze müssen allgemein zugänglich sein. Angemessene Vorkehrungen zur Teilhabe behinderter Menschen sind durchgängiges Element des jeweiligen Handelns.
- 30 - Die Arbeits- und Beschäftigungspotenziale behinderter Menschen müssen sich an dem allgemeinen Arbeitsmarkt orientieren und auf allen Etappen inklusiv durchgeführt werden.
- Das Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen muss durch ein inklusives Freizeit- und Sportleben das Gemeinwohl und das
- 35 Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen stärken.
- Ein einkommens- und vermögensunabhängiges Teilhabegeld muss Bestandteil der Reform der Eingliederungshilfe sein und so die Eigenständigkeit und Mündigkeit behinderter Menschen außerhalb der Sozialhilfe stärken.

40 Die Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ ist behindertenpolitischer Teil der SPD und sieht sich als fester Bestandteil der Allianz zur UN-Behindertenrechtskonvention. Wir fordern die SPD auf, gemeinsam mit uns und den in der Allianz verbündeten 78 Behinderten- und Sozialverbänden für eine am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft von morgen zu arbeiten.

45 Konkreter Schritt ist, dass der/die Bundesbehindertenbeauftragte/n wie die für Migration zuständige Person den Rang einer Staatsministerin/eines Staatsministers erhält und somit deren Fachlichkeit akzeptiert und eine Politik auf Augenhöhe auch hier dokumentiert wird.

Wir Menschen mit Behinderungen können am besten selbst darstellen, was wir denken, fühlen und wünschen. Wir wollen mitgestalten und nicht gestaltet werden.

Behindertenpolitisches Gesicht im Wahlkampfteam der SPD sollte von daher eine Selbst-Aktivistin/ein Selbst-Aktivist sein.

50      Gemeinsames Ziel ist ein Wahlsieg der SPD im September 2013 und ein Sieg der Teilhabe behinderter Menschen durch rot/grün. Wir mittendrin. Wir sind dabei und wollen den Wahlkampf aktiv mitgestalten.

## **A 2**

Bezirk Hannover

### **Keine Arbeitsgemeinschaften erster und zweiter Ordnung**

Die Bundeskonferenz von „Selbst Aktiv“ fordert den Parteivorstand auf, alle Arbeitsgemeinschaften ohne Unterschied bei allen Sitzungen des Parteivorstandes den Status beratender Mitglieder zu geben.

55

## **A 3**

Bezirk Hannover

### **Teilhabelücken in der politischen Landkarte der SPD schließen**

Die Bundeskonferenz von „Selbst Aktiv“ fordert den Parteivorstand der SPD werden auf, darauf hinzuwirken, dass alle Landesverbände und Bezirke, in denen es noch keine eigenständige Arbeitsgemeinschaft von „Selbst Aktiv“ gibt, innerhalb eines Jahres die organisatorischen, inhaltlichen und personellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen und eine AG in ihrem Bereich zu gründen. Selbstbestimmung behinderter Menschen muss konsequent und systematisch in allen Gliederungen verwirklicht werden.

60

## **A 4**

Bezirk Hannover

### **Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent verwirklichen und die UN-BRK in seinen zentralen Bestandteilen umsetzen**

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, Menschenrechte auch für behinderte Menschen konsequent zu verwirklichen und die UN-BRK in ihren zentralen Bestandteilen umzusetzen. Dies soll in enger Abstimmung mit den in der UN-BRK-Allianz zusammengeschlossenen 78 Behinderten- und Sozialverbänden geschehen und die AG „SelbstAktiv“ dabei federführend mitwirken. Zentrale Elemente hierbei sind neben

70      Barrierefreiheit angemessene Vorkehrungen zu Gunsten behinderter Menschen sowohl in Politik und Gesellschaft zu verwirklichen und zukunftsweisende parteiinterne und gesellschaftliche Aktionspläne zu initiieren. Auf Bundes- und Länderebene muss hierbei klar sein, dass Behindertenbeauftragte Menschen mit einer Behinderung selbst und Teil der aktiven Behindertenbewegung sein müssen. Die SPD soll darauf hinwirken, dass der/die

75 Bundesbehindertenbeauftragte/n wie die für Migration zuständige Person den Rang einer Staatsministerin/eines Staatsministers erhält und somit deren Fachlichkeit akzeptiert und eine Politik auf Augenhöhe auch hier dokumentiert wird.

Die Kommissionen zur Umsetzung der UN-BRK müssen mit mindestens 50 % mit behinderten Menschen direkt besetzt werden.

## **A 5**

80 Bezirk Hannover

### **Eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen**

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe ein eigenständiges Leistungsrecht zu Gunsten behinderter Menschen zu verwirklichen. Dies muss einkommens- und vermögensunabhängig gestaltet sein.

## **A 7**

Bezirk Hannover

### **Menschen mit einer Behinderung aus der aktiven Behinderten-Bewegung müssen Bestandteil der Wahlkampfteams zu Bundestags- und Landtagswahlen sein**

85 Der Parteivorstand und alle Landesvorstände werden aufgefordert, bei allen Teams zu Bundestags- oder Landtagswahlen zu gewährleisten, dass Menschen mit einer Behinderung aus der Arbeitsgemeinschaft „SelbstAktiv“ Bestandteil des Wahlkampfteams werden. Gesichter behinderter Menschen sind eine Ehre für eine demokratische, Partei. Dies ist auch eine klare Botschaft an den Personenkreis, den ca. 13 Mio. Menschen mit einer  
90 Behinderung.

## **A 8**

Bezirk Hannover

### **Diskriminierungsfreie Wahlgesetze**

Die Bundeskonferenz fordert die SPD auf, darauf hinzuwirken, dass ihre Fraktionen auf Europa-, Bundes- und Landesebene für diskriminierungsfreie Wahlgesetze, wie sie die UN-  
95 Behindertenrechtskonvention in Artikel 29 vorschreibt, so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Bundeskonferenz fordert die SPD auf, bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Listen für Wahlen die Vorgaben des Artikels 29 zu beachten.

100 Eine generelle Regelung, Personen, die für alle Bereiche unter Betreuung gestellt sind, von dem allgemeinen Wahlrecht auszuschließen, ist nach eindeutiger Begutachtung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der Monitoringstelle der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, mit den allgemeinen Menschenrechten und der Verfassung nicht vereinbar.

105 Wir fordern daher die Streichung von § 13 Abs. 2 und 3 des Bundeswahlgesetzes (BWG) sowie der identischen Regelung im § 6 des Europäischen Wahlgesetzes. Wir verweisen dabei insbesondere auf die EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung des Wahlrechts behinderter Menschen (DRS 49/13).

110 Das allgemeine Wahlrecht, also wählen und gewählt zu werden, ist in demokratisch geprägten Gesellschaften ein hohes Gut und muss gestärkt werden. Behinderte Menschen bei der Wahrnehmung ihres aktiven und passiven Wahlrechts einzuschränken ist eine Diskriminierung nach Artikel 3 und 29 der UN-Behindertenrechtskonvention.

## **A 11**

LV Berlin

### **Name der Arbeitsgemeinschaft**

115 Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Namen unserer Arbeitsgemeinschaft „AG Selbst Aktiv – behinderte Menschen in der SPD“ zu ändern in „AG Selbst Aktiv –Menschen mit Behinderungen in der SPD“.

## **A 13**

Bezirk Hannover

### **Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Menschenrechtskonvention auf allen Handlungsfeldern**

Die SPD spricht sich für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in all ihren Bestandteilen und auf allen Handlungsfeldern aus.

120 Dies sind Empowerment als Selbstbe- und –ermächtigung politischen Handelns, eine inklusive Gesellschaft mit angemessenen Vorkehrungen für die jeweilige Person, sowie dann die konkreten Arbeitsfelder wie Bildung, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Freizeit, Sport, Barrierefreiheit etc.

Die Umsetzung von Artikel 29 zum aktivem und passivem Wahlrecht behinderter Menschen heißt aktives Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderungen und passives Wahlrecht nicht nur dulden, sondern gezielt fördern und im positiven Sinne mit begleiten.

125 Im Rahmen eines Gesamtplans zu einer inklusiven Gesellschaft ist ein derartiges Denken eine ressortübergreifende Aufgabe und muss so auch entsprechend in einer sozialdemokratischen Bundes- bzw. Landesregierung verortet werden.

Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden aufgefordert, behinderungsbedingte Beeinträchtigungen durch Änderung entsprechen der Einstellungen  
130 und Umweltbedingungen gemeinsam mit behinderten Menschen partizipatorisch neu gestalten. Ein „wir gestalten für...“ ist Politik von gestern. Ein „wir gestalten gemeinsam“ ist kooperative Politik, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht und muss Basis von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sein.

135 **IA 1**

### **Umsetzung der UN-BRK in den eigenen Reihen**

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, die Behindertenrechtskonvention sowie die Gleichstellungsgesetze in den eigenen Reihen bundesweit zeitnah umzusetzen. Wir fordern außerdem die aktive Umsetzung und  
140 Beachtung des Art. 8 UN-BRK (Bewusstseinsbildung) in allen Gremien der SPD und den Mitgliedern gegenüber konsequent umzusetzen. Ebenfalls fordern wir die Gremien der SPD auf, die Willkommenskultur in der SPD auch für die Menschen mit Behinderung zu beachten.

**IA 2**

### **Barrierefreiheit in der SPD**

Der Parteivorstand und die Fraktionen der SPD werden aufgefordert, bundesweit in allen Räumlichkeiten der SPD-Geschäftsstellen, Tagungsstätten und Veranstaltungsorten Barrierefreiheit herzustellen, damit auch Menschen mit Behinderung jederzeit barrierefrei an der Parteiarbeit und den Veranstaltungen der SPD teilhaben können. Die Herstellung von Barrierefreiheit schließt u. a. ein: Freie Zugänge zu allen Räumlichkeiten, Behindertentoiletten, Printmedien in Groß- und Blindenschrift, in leichter Sprache sowie die Übersetzung in Gebärdensprache.

Sehr viele Einrichtungen und Veranstaltungen der SPD sind für Menschen mit Behinderung nicht barrierefrei zu nutzen. So können viele Geschäftsstellen von Menschen mit Behinderung nicht betreten und genutzt werden. Menschen mit Behinderung sind oftmals von der Teilnahme an SPD Veranstaltungen ausgeschlossen, weil Veranstaltungsorte und Informationsmaterial nicht barrierefrei sind. Die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Das sind die Grundwerte sozialdemokratischer Politik



### **IA 3**

#### **Tierische Assistenz**

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass für Menschen mit Behinderung, deren besonderer Hilfsmittelbedarf mit „tierischer Assistenz“ abgedeckt wird, der Assistenzhund als Hilfsmittel anerkannt und in den Hilfsmittelkatalog aufgenommen wird. Sie werden aufgefordert die rechtlichen Voraussetzungen für Ausbildung des Hilfsmittels „Assistenzhund“ sowie für die Qualifizierung der Ausbilder und deren Eignung die Berufsausbildung zum „Ausbilder für Assistenzhunde“ mit staatlich anerkannter Zertifizierung zu schaffen. Hierzu sind Richtlinien der Qualitätssicherung für Assistenzhunde- und – Ausbilder zu formulieren und staatliche Kontrollinstanzen einzurichten.

Menschen mit Behinderung benötigen besondere Hilfsmittel. Dazu gehören immer häufiger Assistenzhunde, deren besondere Fähigkeiten für Menschen mit Behinderung unerlässlich sind. Sie geben Hilfestellungen im täglichen Leben und ermöglichen dadurch das selbstständige Wohnen, befähigen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und helfen, Leben retten. Zum Hilfsmittel Assistenzhund zählen neben dem Blindenführhund auch der Behindertenbegleit- und der Signalhund. Es schließt die Warnhunde, die vor stoffwechselerkrankungsbedingten lebensbedrohenden Anfällen, aber auch vor Keimen warnen und somit Leben retten, ebenso wie Therapiebegleithunde ein.

Um die Qualitätsanforderungen an dieses Hilfsmittel zu gewähren, werden gut ausgebildete, physisch, psychisch und moralisch geeignete Ausbilder benötigt, die ihre eigene Qualifikation durch Zertifizierung einer entsprechenden staatlich anerkannten Ausbildung unter Beweis stellen müssen. Eine entsprechende Qualitätssicherung ist unabdingbar und kann deshalb nur über eine unabhängige Kontrollinstanz sicher gestellt werden.

### **IA 4**

#### **Assistenz zum Persönlichen Budget**

- 145 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, die zur Umsetzung und Anwendung des Persönlichen Budgets gemäß § 17 SGB IX benötigten gut ausgebildeten und qualifizierten Assistenzkräfte im Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen und sich dafür stark zu machen, dass innerhalb von 2 Jahren das Berufsbild „Assistenzkraft Persönliches Budget“ als staatlich anerkannter Ausbildungsberuf mit Zertifizierung
- 150 eingeführt wird und somit Menschen mit Behinderung eine menschenwürdige Assistenz/Betreuung zur Seite gestellt bekommen. Menschen mit Behinderung haben einen erhöhten und besonderen Betreuungsbedarf und –Anspruch. Es bedarf besonderer Sensibilität und guter Kenntnisse im Umgang mit den verschiedenartigen Formen von Behinderung. Das ist derzeit auf dem Arbeitsmarkt nicht gewährleistet.

155

## **IA 5**

### **Nutzung schienengleicher Bahnübergänge in Bahnhöfen und Haltestellen der DB durch RollstuhlfahrerInnen**

160 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass schienengleiche Bahnübergänge in Bahnhöfen und Haltestellen der DB ohne Rampen und Fahrstühle für RollstuhlfahrerInnen nutzbar gemacht werden.

## **IA 6**

### **Diskriminierende Äußerung des Bildungsministers Mathias Brodkorb, Mecklenburg-Vorpommern, zur schulischen Inklusion**

165 Der Bildungsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodkorb, wird aufgefordert, seine Haltung zur schulischen Inklusion neu zu definieren und sich öffentlich zu entschuldigen.

170 Seine öffentliche Aussage, Inklusion in der Schule in Reinform sei im Grunde Kommunismus für die Schule, ist diskriminierend und unwissenschaftlich.

## **III. weitere Anträge**

Für erledigt erklärt wurden die Anträge A6, A10 und A12.

Zurückgezogen wurde der Antrag A9.